

BÜRGER & STAAT



Bundestagswahl 2017

Direktor der Landeszentrale

Lothar Frick

Redaktion

Prof. Siegfried Frech, siegfried.frech@lpb.bwl.de

Redaktionsassistentz

Barbara Bollinger,
barbara.bollinger@lpb.bwl.de

Anschrift der Redaktion

Lautenschlagerstraße 20, 70173 Stuttgart
Telefon: 07 11/16 40 99-44
Fax: 07 11/16 40 99-77

Herstellung

Schwabenverlag Media
der Schwabenverlag AG
Senefelderstraße 12, 73760 Ostfildern-Ruit
Telefon: 07 11/44 06-0, Fax: 07 11/44 06-1 74

Gestaltung Titel

VH-7 Medienküche GmbH, Stuttgart

Gestaltung Innenteil

Schwabenverlag Media
der Schwabenverlag AG

Vertrieb

Süddeutsche Verlagsgesellschaft Ulm
Nicolaus-Otto-Straße 14, 89079 Ulm
Telefon: 07 31/94 57-0, Fax: 07 31/94 57-2 24
www.suedvg.de

Druck

Süddeutsche Verlagsgesellschaft Ulm
Nicolaus-Otto-Straße 14, 89079 Ulm

Preis der Einzelnummer 3,33 EUR.
Jahresabonnement 12,80 EUR Abbuchung.
Bitte geben Sie bei jedem Schriftwechsel mit dem Verlag Ihre auf der Adresse aufgedruckte Kundennummer an.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers und der Redaktion wieder.

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Nachdruck oder Vervielfältigung auf elektronischen Datenträgern sowie Einspeisung in Datennetze nur mit Genehmigung der Redaktion.

Titelfoto: picture alliance/dpa

Auflage dieses Heftes: 15.000 Exemplare

Redaktionsschluss: 25.03.2017

ISSN 0007-3121

Inhaltsverzeichnis

Karl-Rudolf Korte Die Bundestagswahl 2013 – Stabile Ambivalenz und ein halber Machtwechsel	92
Frank Decker Aktuelle Entwicklungen in der Parteienlandschaft	98
Eckhard Jesse Die deutsche Koalitionsdemokratie	107
Klaus Detterbeck Parteien und ihre Aufgaben in der Demokratie	116
Axel Murswieck Vier Jahre Schwarz-Rot: eine Bilanz	122
Andrea Römmele Konkurrenten um die Kanzlerschaft	132
Jo Berlien Stadt, Land, Bund: Herr T. kandidiert – und will endlich Minister werden	141
Frank Brettschneider Wahlkampf: Funktionen, Instrumente und Fake News	146
Dieter Roth Wahlforschung und ihre Instrumente	154
Uwe Andersen Bundestagswahlen: 1949 bis 2013	162
Buchbesprechungen	180



den. Vor diesem Hintergrund konnte der schwarze Demokrat Barack H. Obama die acht Jahre währende Präsidentschaft (2008–2016) erringen.

2009 wurde die Tea Party gegründet, um die Republikanische Partei noch weiter nach rechts zu bewegen und die permanente Konfrontation mit den Demokraten bzw. mit „big government“ zu suchen (vgl. Kapitel 8). Ein schwarzer Präsident und die Ausweitung der Krankenversicherung waren dabei nur Symptome: Ethnische Verschiebungen in der Bevölkerung, gesellschaftlicher Wandel sowie die demokratische Wirtschafts- und Sozialpolitik mündeten in den Augen der konservativen Orthodoxie in ein Land, das man nicht wiedererkannte, und daher mit aller Kraft ablehnte. Den Wertwandel zurückzudrehen und die rigiden Moralvorstellungen der Evangelikalen durchzusetzen, war jedoch auch republikanischen Präsidenten nicht gelungen. Offizielle republikanische Positionen spielten 2016 für Trump allerdings nur eine geringe bis gar keine Rolle, mit Ausnahme der Steuererleichterungen zugunsten der Reichen und der von ihm noch intensivierten Anti-Establishment-Rhetorik (vgl. Kapitel 9). Er konzentrierte sich weitgehend auf populistische Rhetorik in Richtung der sich benachteiligt fühlenden weißen unteren Sozialschichten und der Abstiegsängste verspürenden mittleren Sozialschichten, die (partei-)politisch desillusioniert sind (sich auch von den Demokraten verlassen fühlen), aber den alten Zeiten nachtrauern. Offen fremdenfeindliche bzw. letztlich rassistische Positionen (was Republikaner bis dahin immer „dezent“ umschrieben hatten) nahmen bei Trump einen breiten Raum ein, gerechtfertigt als Schutz der Arbeitsplätze vor der Billigkonkurrenz von Migrantinnen und Migranten. Bereits im Herbst 2015 führte Trump bei Meinungsumfragen im republikanischen Kandidatenfeld. Die sich bedroht fühlenden weißen unteren Sozialschichten verhalfen ihm im parteiinternen Nominierungswahlkampf Februar bis Juni 2016 zum Sieg, und sie spielten die entscheidende Rolle in der Präsidentschaftswahl vom 8.11.2016.

Emotional mögen sich die weißen unteren Sozialschichten als Sieger fühlen. Verlierer gibt es auf jeden Fall: die illegalen Migrantinnen und Migranten, vermutlich auch Mexiko, vielleicht sogar andere Länder. Ob die weißen Wählerinnen und Wähler von Trump neu geschaffene Arbeitsplätze erhalten und ihr Idealbild der USA wieder bekommen – das allerdings bezweifeln Fachleute mit Recht!

Heinz Ulrich Brinkmann

Der Migrationsforscher Klaus J. Bade zieht Bilanz

Klaus J. Bade:

Migration – Flucht – Integration. Kritische Politikbegleitung von der „Gastarbeiterfrage“ bis zur „Flüchtlingskrise“. Erinnerungen und Beiträge.

Von Loeper Literaturverlag, Karlsruhe 2017.

650 Seiten, 32,00 Euro. Hybride Publikation mit Open Access/frei zugänglich ab 21.4.2017 unter: https://www.imis.uni-osnabrueck.de/fileadmin/4_Publikationen/PDFs/Bade_Migration.pdf

Was würde der „Grenzgänger zwischen Migrationsforschung und Migrationspolitik“ (Bade über Bade) der neuen Bundesregierung mit auf den Weg geben? Ein Blick in die Beiträge seines neuen Buches bietet mancherlei Anregun-

gen auf nationaler, internationaler und EU-europäischer Ebene: Die Bundesregierung sollte sich, schreibt Klaus J. Bade, den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber ehrlicher machen. Sie sollte klären, dass man den Migrationsdruck auf Europa nicht einfach abschaffen kann; denn er resultiert aus der wanderungstreibenden Spannung zwischen armen und reichen Ländern, zwischen Krisenzonen und Friedensregionen, von denen die in aller Welt erreichbaren Medien berichten.

Die Bundesregierung sollte den Bürgerinnen und Bürgern im Land und den Partnern in der Europäischen Union (EU) klar sagen, welche wirtschaftlichen, aber auch politischen Engagements in der EU sie mittragen will, um zur Begrenzung der wanderungstreibenden Spannungen in den Ausgangsräumen beizutragen. Da geht es nicht um sogenannte Entwicklungshilfe, sondern um einen Marshallplan mit Partnerschaft auf Augenhöhe, vor allem durch faire Handelsbeziehungen und ohne „den postkolonialen Terror des Internationalen Währungsfonds“ – so Bade.

Die Bundesregierung sollte, fordert Bade, klarmachen, dass das insgesamt ein Mehrgenerationenprojekt ist, bei dem man einen langen Atem braucht; denn gerade bei wirtschaftlicher Besserstellung der Bevölkerung in den Ausgangsräumen des Migrationsdrucks auf Europa ist zunächst ein paradoxer Effekt zu erwarten, den man in der Wissenschaft den „Migrationsbuckel“ nennt: Wirtschaftliche Besserstellung führt oft zunächst dazu, die nun verfügbaren Mittel einzusetzen, um Zugewinn, wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg noch mehr zu beschleunigen – nämlich durch Migration in das vermeintliche Paradies, aus dem all die guten Dinge kommen. Die Elenden und die Ärmsten der Armen sind aus materiellen Gründen weit weniger mobil als der neue Mittelstand. Erst wenn sich herumgesprochen hat, dass man in den Ausgangsräumen auch ohne mühevollen und oft riskante Abwanderung gut oder doch besser vorankommen kann, wird der „Migrationsbuckel“ flacher werden.

Die Bundesregierung sollte, so Bade, in der EU und im eigenen Land dazu appellieren, verstärkt weltwirtschaftlich und weltgesellschaftlich zu denken. Es gibt für ihn keine „Flüchtlingskrise“. Es gibt eine Weltkrise, die Flüchtlinge vor die zunehmend geschlossenen Tore der Festung Europa treibt. Helmut Schmidt hat vom „Raubtierkapitalismus“ gesprochen. Papst Franziskus sagt: „Dieses System tötet“. Spenden ist gut, Teilen ist besser und Spenden hat mit Teilen so viel zu tun wie Barmherzigkeit mit Gerechtigkeit, meint der Migrationsexperte Bade.

Ein völkerrechtlicher Skandal erster Ordnung sei es, schreibt Bade, stattdessen Verträge mit kaputten Staaten und kleptokratischen Despotien zu schießen, die selber wanderungstreibend wirken und nun zugunsten Europas Flüchtlinge an der Flucht aus dem eigenen Land und andere an der Transitmigration Richtung Europa hindern sollen. Ein regelrechtes Verbrechen sei es, Flüchtlinge wie Kriminelle zu behandeln und in irgendwelche Lager zu deportieren. Bedingt nützlich seien zwar, so Klaus Bade, Transiteinrichtungen mit Beratungsstellen unter Verantwortung des Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) als Hilfsinstitutionen an den großen Migrationsrouten, aber auch das sei nur ein Kurieren am Symptom und kein Beitrag zur Begrenzung der Wanderungsursachen.

Nötig sei vielmehr zuerst und akut ein größeres Engagement der Vereinten Nationen für die Flüchtlingslager an den Rändern der Krisenzonen und dann für die Friedenssicherung in diesen Zonen selbst, was ja auch die Voraussetzung für wirtschaftliche Investitionen sei. Die Vorverlagerung der Grenzsicherung der Festung Europa führe nur zu immer riskanteren Fluchtwegen und treibe die Flüchtlinge in die Arme der Schlepper. Das könne man jetzt wieder im Mittelmeer beobachten. Solange es für diese Zusammenhänge keine übergreifenden und humanitär vertretbaren Strategien zur Begrenzung des Migrationsdrucks gebe, solange müsse das ganz wesentlich auch von nichtstaatlichen Rettungsinitiativen im Mittelmeer getragene Rettungswerk weitergehen. Dafür sollte sich auch die Bundesregierung offen und dankbar einsetzen, statt diese Initiativen, so der Bundesinnenminister, als verlängerten Arm der Schlepper zu denunzieren. Bade weiß, worüber er schreibt, denn er ist Gründungsmitglied von „SOS Mediterranee. Europäische Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger im Mittelmeer.“

Jenseits solcher übergreifenden Appelle und Strategien bieten die Beiträge von Bade aber auch viele konkrete Anregungen und Forderungen in Sachen Migration, Integration, Flucht und Asyl für Europa und Deutschland: Auf europäischer Ebene hat Bade immer wieder einerseits eine grundlegende Reform des europäischen Asylrechts angemahnt und dazu auch eine Europäische Asylagentur angeregt, zu der es bislang (auf Malta) nur einen kleinen institutionellen Ansatz gibt. Das würde die Umverteilung von Flüchtlingen in Europa und darüber hinaus im Interesse aller Beteiligten erleichtern.

Warum, fragt Bade, sollen sich qualifizierte, englisch- oder französischsprachige Flüchtlinge in Deutschland durch für ihren beruflichen Einsatz oft ohnehin unzureichende Sprachkurse quälen und damit Jahre verlieren, obgleich sie auf Grund ihrer Qualifikation vielleicht andernorts sogar gesucht werden und dort ohne Sprachkurse direkt anfangen könnten? Eine Europäische Asylagentur könnte auch mit der Europäischen Arbeitsagentur kooperieren, um die Integration durch Arbeit zu erleichtern.

Auf nationaler Ebene denkt Bade in seinen Beiträgen vor allem und seit langer Zeit immer wieder über die Einrichtung eines besonderen Integrationsministeriums nach, um die Themen Zuwanderung und Integration aus dem Dunstkreis des vorwiegend in Kategorien von Sicherheitspolitik und Gefahrenabwehr denkenden Bundesministeriums des Inneren zu bringen. Zuwanderung und Integration hätten vorwiegend mit den Bereichen Arbeit und Soziales zu tun und könnten deshalb nötigenfalls auch besser im Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) angedockt werden.

Der Migrationsforscher Bade bietet also in diesem Buch eine Fülle von kritischen Bestandsaufnahmen und Anregungen für die Gestaltung von Zuwanderung und Integration. Erkennbar bleibt, dass er dabei ganz besonders auch auf eine engagierte und politisch fordernde Bürgergesellschaft setzt – von den Eingliederungshilfen vor Ort bis zu den Rettungsinitiativen im Mittelmeer. Zuletzt hat sich Bade noch kraftvoll in die schon früher auch von ihm selber angestoßene Diskussion um ein neues „Leitbild“ für die Einwanderungsgesellschaft eingeschaltet. Die Bundes-

regierung sollte, auch über die hier ohnehin zuständige Integrationsbeauftragte hinaus, Anregungen aus der Bürgergesellschaft aufnehmen und dafür am besten eine parteiübergreifende Kommission einsetzen, in der auch außerparlamentarische Mitglieder der Bürgergesellschaft mit und ohne Migrationshintergrund mitwirken.

Mit seinem Buch zieht „der große alte Mann der Migrationsforschung in Deutschland“ (so Radio Vatikan über Klaus J. Bade) einen Schlusstrich unter sein jahrzehntelanges Engagement in der alltäglichen Mediendebatte um Zuwanderung und Integration, Flucht und Asyl. Der Abschied wird ihm nicht leichtgefallen sein. Und seine Stimme wird uns fehlen.

Karl-Heinz Meier-Braun

Populismus im Aufwind

Florian Hartleb:

Die Stunde der Populisten.

Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts. 2017.
240 Seiten, 16,90 Euro.

Der Begriff „Populismus“ ist in aller Munde. Fast könnte man von einer Überschwemmung reden. Doch bringt diese Überflutung keine Klärung, sondern trägt eher zur Verwirrung bei. Da ist es ein Segen, dass Florian Hartleb ein Buch geschrieben hat, das die Verwirrung auflösen kann. Wer die 240 Seiten gelesen hat, der weiß Bescheid, was Populismus ist und welche Fragen sich daraus für unsere Demokratie ergeben.

Der Autor nimmt die gesamte europäische Entwicklung in den Blick und berücksichtigt auch die Entwicklung in den USA unter Donald Trump. Das Buch ist sehr aktuell, weil Florian Hartleb das Geschehen bis Anfang 2017 darstellt. Die Wahl von Donald Trump zum amerikanischen Präsidenten betrachtet der Autor als eine Art Zeitenwende. Trumps Slogan „Make America Great Again“ gilt auch einigen Staaten weltweit als Marschroute für ihr politisches Handeln im eigenen Land. Viele „Wutbürger“ in den USA hatten und haben eine Sehnsucht nach dem offenbar „starken Mann“ und nach einem einfachen Weltbild, das aus Guten und Bösen besteht. So gerät Politik leicht zur irrationalen Schlammschlacht.

Dennoch baut Hartleb ein Stück weit auf das in den USA bewährte System von *checks and balances*, das offenbar auch Trump nicht aus den Angeln heben kann. Zum Glück! Verständlich klärt der Autor darüber auf, wann wir von Populismus reden können. Er beschreibt sodann vor allem die Situation in Europa und geht auch auf den Brexit ein. Europa wird von den Populisten madig gemacht und nicht mehr als unverzichtbarer Friedensgarant wahrgenommen. Die Flüchtlingskrise hat den Populisten Aufwind gegeben. Ausführlich und differenziert beschreibt Florian Hartleb die Situation in Deutschland. Nach seiner Einschätzung haben viele Leute das Gefühl, mit dem eigenen Land gehe es bergab. Ihnen erscheint dann die Alternative für Deutschland (AfD) als ein Retter aus der Misere. Es ist so schwer, mit den Populisten und ihren Anhängern umzugehen, weil eine rationale Auseinandersetzung nicht möglich ist. Erschwerend kommt hinzu, dass die traditionellen Par-